

Zusammen Gegen Kürzungen

BÜNDNIS KÖLN GEGEN KÜRZUNGEN



Inhalt

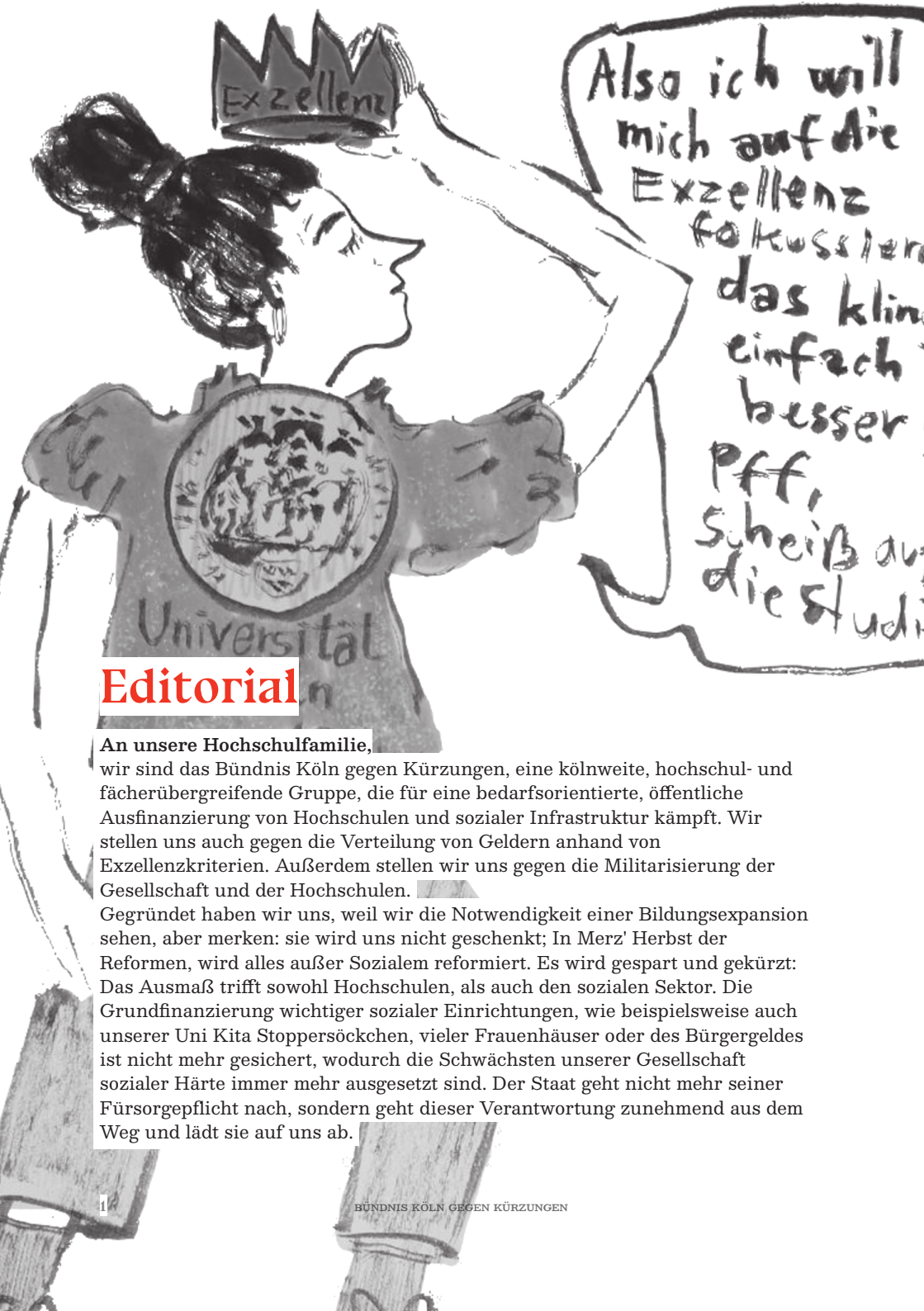
Editorial	1
-----------	---

GRUNDLAGEN

KSTW - Antifa	5
Sozialkürzungen und Militarisierung	8
Exzellenz	11

STELLUNGSNAHMEN

Fachschaft Physik	15
Fachschaft Psychologie	17
Fachschaft Hören und Kommunikation	19
Fachschaft China	23
Fachschaft Heilpädagogik	24
SHK-Rat	25
Disability Studies	27
PoWi Köln retten	29
Fachschaft Lehramt	30



Editorial

An unsere Hochschulfamilie,

wir sind das Bündnis Köln gegen Kürzungen, eine kölnweite, hochschul- und fächerübergreifende Gruppe, die für eine bedarfsorientierte, öffentliche Ausfinanzierung von Hochschulen und sozialer Infrastruktur kämpft. Wir stellen uns auch gegen die Verteilung von Geldern anhand von Exzellenzkriterien. Außerdem stellen wir uns gegen die Militarisierung der Gesellschaft und der Hochschulen.

Gegründet haben wir uns, weil wir die Notwendigkeit einer Bildungsexpansion sehen, aber merken: sie wird uns nicht geschenkt; In Merz' Herbst der Reformen, wird alles außer Sozialem reformiert. Es wird gespart und gekürzt: Das Ausmaß trifft sowohl Hochschulen, als auch den sozialen Sektor. Die Grundfinanzierung wichtiger sozialer Einrichtungen, wie beispielsweise auch unserer Uni Kita Stoppersöckchen, vieler Frauenhäuser oder des Bürgergeldes ist nicht mehr gesichert, wodurch die Schwächsten unserer Gesellschaft sozialer Härte immer mehr ausgesetzt sind. Der Staat geht nicht mehr seiner Fürsorgepflicht nach, sondern geht dieser Verantwortung zunehmend aus dem Weg und lädt sie auf uns ab.

Dadurch wird die zwischenmenschliche Konkurrenz zum höchsten Gut und es geht nur noch darum sich gegenüber den Mitmenschen durchzusetzen, statt das gemeinsame Interesse zu verfolgen. Kopf runter und die Verschlechterungen schlucken ist das Los, „wir leben [nämlich] über unsere Verhältnisse“; deshalb gebt euch zufrieden. Aber wir geben uns nicht zufrieden.

Wir spüren, dass Bildung zunehmend zum Luxusgut wird und Infrastruktur, die allen das Studieren ermöglichen soll, wegfällt. Dabei ist zumindest unser Anspruch, dass Studieren immer zugänglicher wird und dass Bildung nicht nur das Abfrühstücken von Modulen ist, sondern ein kritisches Hinterfragen jeder Thematik. Wir haben uns gegründet, weil wir das alles in Gefahr sehen.

Die Information, dass das Land NRW die Hochschulgelder in einem Maß kürzt, was dem Jahresbudget der TU Dortmund entspricht, brachte uns als Bündnis zum ersten Mal zusammen. Seitdem hat sich einiges getan, auch dank unserem Protest, allerdings rechnen die Hochschulen immer noch mit 150 Millionen Euro weniger im Jahr. Es ist also noch nicht getan!

Wir sehen durch die geplanten Einsparungen nicht nur die Qualität von Lehre und Forschung gefährdet, sondern auch die Vielfalt der Fächerlandschaft an unseren Hochschulen massiv bedroht. Gerade kleinere Fächer und Hochschulen werden davon überproportional hart getroffen. Wird die universitäre Infrastruktur Jahr für Jahr dezimiert, also weniger Lehrstellen, Seminare, die Teilhabe ausgebremst. Haben wir weniger Lehrpersonal, können wir weniger Studienplätze anbieten. Das hat steigende Zulassungsbeschränkungen zur Folge, wodurch Studieren wieder mehr und mehr zu einem Privileg wird, das von der sozialen Herkunft abhängt.

Wir streiten hingegen dafür, dass Bildung die nötige Finanzierung erhält, um unabhängige und freie Forschung für alle zu ermöglichen. Wir wollen Hochschulen, die zum kritischen Denken einladen, auch wenn sich das gegen die staatliche Verteilung von Geldern richtet.

Wir brauchen Hochschulen als Orte des gelebten Lernens, als Orte des Verweilens und Nachdenkens, nicht nur als Orte, an denen Bildung konsumiert wird. Hochschulen müssen einen Beitrag zu Frieden, Demokratie und Nachhaltigkeit leisten und alle Mitglieder der Hochschule tragen dafür Verantwortung.

Wie können wir aktiv werden, die Kürzungen abwenden und zugleich mehr Finanzierung erwirken?

Die Auseinandersetzung um die Kürzungen wird die Hochschullandschaft der nächsten Jahrzehnte fundamental prägen: Die Kürzungen werden die Hochschuldemokratie und fortschrittliche Forschung und Lehre massiv einschränken, wenn wir sie jedoch abwenden, wird das einen großen Aufbruch bedeuten.

Wir brauchen jetzt von Land und Bund ausreichende und bedarfsorientierte Finanzierung der Forschung und Lehre an Hochschulen, da sie im Sinne der gesamten Gesellschaft ist.

Unsere Hochschulen brauchen eine vielfältige und hochwertige Lehre, statt Konzentration auf wenige Exzellenzbereiche, sowie die Beteiligung an Protesten und der Empörung über Kürzungen bei Bildung und Sozialem.

Außerdem ist eine Bildungsexpansion und ein Ausbau des Sozialen, statt der Kriegstüchtigkeit überfällig!

Ob das kommt, liegt aber an uns. Indem wir uns vernetzen, sichtbar und hörbar werden, am Institut wie in der Fakultät, schaffen wir dafür die Grundlage.

Bildung ist nicht bloß eine Dienstleistung, die wir konsumieren. Universitäten und Studierende sind Teil des wissenschaftlichen Diskurses, sie gestalten ihn mit und spinnen ihn weiter.

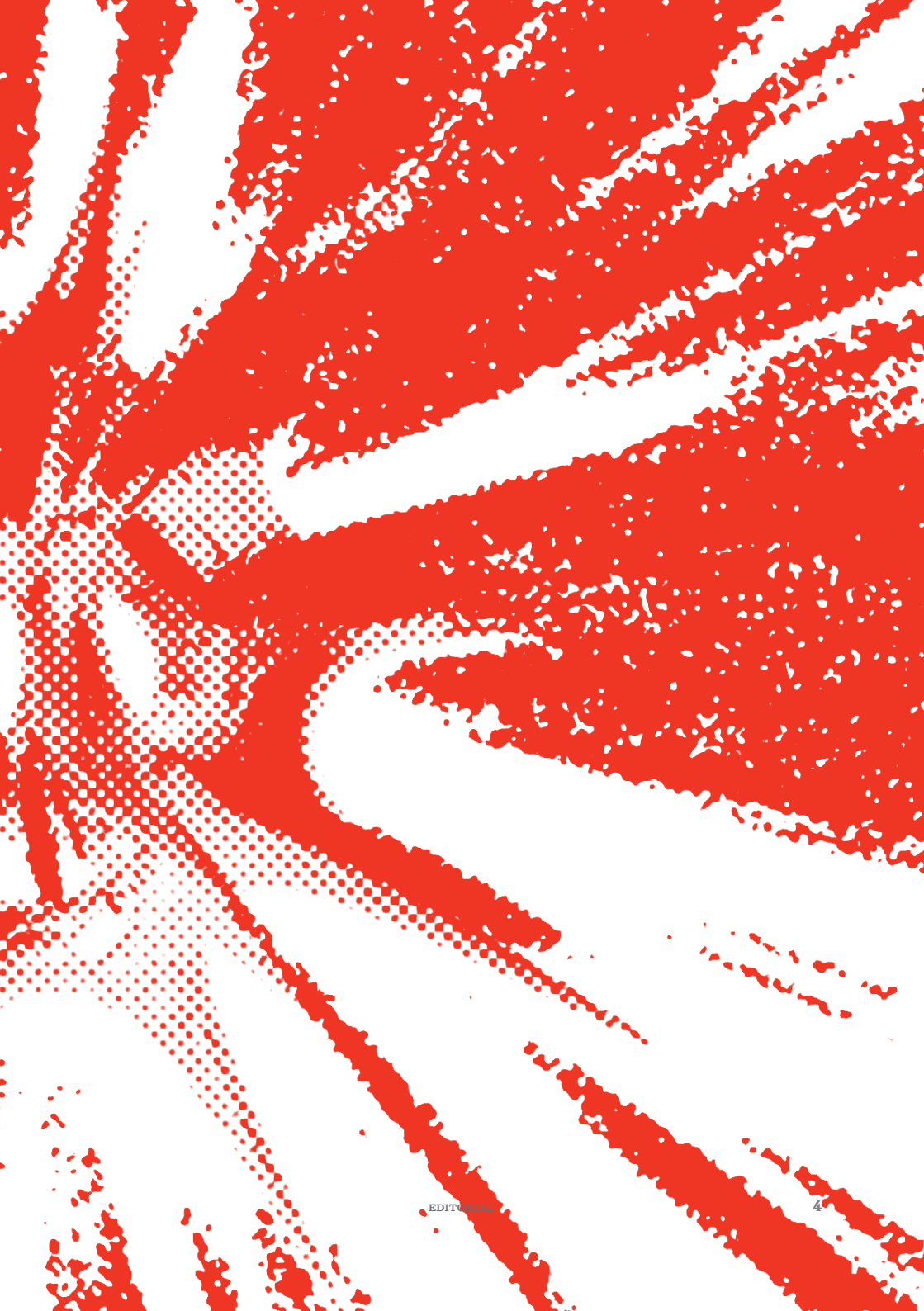
Um diesem Anspruch nachzugehen, haben wir uns entschieden diese Zeitung zu schreiben. Sie ist eine Sammlung verschiedener Perspektiven eurer Komiliton*innen:

Mit den Texten aus den einzelnen Fächern soll deutlich werden, wie sehr die Forschung und Lehre hier zum Allgemeinwohl beitragen könnten und warum die Kürzungen enormen gesellschaftlichen Schaden anrichten. Zudem soll auch deutlich werden, warum ein breites Fächerangebot so bereichernd ist.

Außerdem gibt es drei Grundagentexte, die allgemeinere Einordnungen geben sollen: Anhand der Studierendenwerke wird die auf dem Spiel stehende soziale Öffnung thematisiert. Das Verhältnis der Kürzungen zu der Exzellenzorientierung sowie der momentanen Militarisierung, in denen wir die Gründe sehen, greifen wir ausführlicher auf.

Nehmt diese Zeitschrift also als Grundlage, um mit euren Kommiliton*innen, Dozierenden, Mitarbeiter*innen und allen anderen Hochschulmitgliedern zu diskutieren. Entgegen der Erzählungen, dass wir den Gürtel jetzt enger Schnallen müssen, kommt es gerade jetzt darauf an, mehr Gutes und Soziales zu fordern. Mit dem Selbstbewusstsein, dass das was wir tun gut für alle ist, liegt es an uns dafür zu kämpfen und alle unsere Mitmenschen vom Gleichen zu überzeugen.

Engagiert euch also mit, gemeinsam können wir viel Besseres als die Kürzungen bewirken!



KSTW-Antifa

Es werden alle paar Monate die Mensapreise erhöht. Die Auswahl wird immer kleiner und die Gerichte wiederholen sich immer häufiger. Mittlerweile werden die Kolleg*innen auch durch Roboter ersetzt. In den Studierendenwohnheimen wird die Miete immer wieder erhöht und generell existiert ein enormer Mangel an freien Plätzen. Weitere Angebote der Studierendenwerke sind immer mehr bedroht und nun soll ein Großteil der Kita Plätze des Werks dicht machen. Gleichzeitig steigt der Semesterbeitrag für das Werk jedes Semester immer weiter.

Studierendenwerke sind laut Studierendenwerksgesetz: „rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts mit dem Recht auf Selbstverwaltung“ und „erbringen für die Studierenden Dienstleistungen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet“. Sie „berücksichtigen die besonderen Bedürfnisse Studierender mit Behinderung oder chronischer Erkrankung, mit Verantwortung für nahe Angehörige mit Pflege- und Unterstützungsbedarf sowie mit Kindern. Sie bemühen sich um eine sachgerechte Betreuung dieser Kinder.“

Hierfür ist das Werk ziemlich demokratisch aufgebaut, mit einem Verwaltungsrat, dessen am größten vertretene Gruppe aus Studierenden besteht. Warum also wird jetzt alles so viel schlechter?

Die Finanzierung der Werke ist prekär und beruht auf einem Zusammenkratzen von Zuschüssen vom Land, Beiträgen Studierender sowie den Einnahmen durch Dienstleistungen.

Seit der Pandemie gehen die Studierendenzahlen jedoch relevant zurück und damit die Beiträge für das Werk. Mit der Inflation und gesteigerten Tarifaufschlägen steigen gleichzeitig aber die Werkskosten in die Höhe. Trotz dessen hat das Land schon 2023 entschieden, genau bei den Werken die Finanzierung bei dem gleichen Betrag zu lassen und sogar im Bereich „der



sozialen und psychologischen Beratungsangebote für Studierende“ zu kürzen. Unter diesen Bedingungen entscheiden sich die Werke natürlich dazu, Einschnitte in den Angeboten und den Arbeitsbedingungen umzusetzen. Um besser für menschenwürdige Studienbedingungen und damit um die Werke zu streiten, lohnt sich ein Blick in ihre Geschichte:

Günstiges und gut erreichbares Mittagessen sowie bezahlbarer Wohnraum sorgen seit jeher dafür, dass Studieren für einen großen Teil überhaupt erst finanziell möglich ist.

Gegründet wurde das KSTW zwischen den Weltkriegen aus einer Selbsthilfeorganisation heraus. Die mit der Gründung der Universität eröffnete Mensa war für breite Teile der Studierenden- und Belegschaft unbezahlbar und aufgrund breiter sozialer Not und Nahrungsknappheit schlossen sich am 23.01.1922 Studierende und Dozierende zusammen, um die „Kölner Studentenbursche e.V.“ zu gründen. Dort wurde gemeinsam gekocht und Studierenden in finanzieller Not geholfen.

Später wurden die Studierendenwerke als Anstalten Öffentlichen Rechts, die den Unis angehörten, institutionalisiert und das Deutsche Studierendenwerk als Verein eingetragen.

Genau aufgrund dieser Geschichte wurden sie nach der faschistischen Machtergreifung schnell gleichgeschaltet. Gegen die Tradition einer gemeinsamen Organisation aller Universitäts-Mitglieder, wurden sie entdemokratisiert und von NSDAP-Treuen übernommen. Das gemeinsame Organisieren, trotz verschiedener sozialer Verhältnisse mit dem Ziel, ärmere Studierende zu ermächtigen, war für den Faschismus nicht ertragbar und eine große Gefahr. Stattdessen kam den Studierendenwerken die neue Aufgabe zu Gehorsamkeit, Ausgrenzung und NS-Treue zu verbreiten und in der gesäuberten Studierendenschaft zu verankern.

Mit der Befreiung vom Faschismus kam auch ein Neuanfang für die Werke:

„Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen und reaktionären Unrat. Pflege eines wahrhaft demokratischen, fortschrittlichen und freiheitlichen Geistes in allen Schulen und Lehranstalten. Systematische Aufklärung über den barbarischen Charakter der Nazi-Rassentheorie, über die Verlogenheit der »Lehre vom Lebensraum«, über die katastrophalen Folgen der Hitlerpolitik für das deutsche Volk. Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und künstlerischen Gestaltung.“

- Aufruf des Zentralkomitees der KPD, 11. Juni 1945

Heine - zur Teleologie:

Beine hat uns zwei gegeben
Gott der Herr, um fortzustreben,
wollte nicht, daß an der Scholle
unsre Menschheit kleben solle.
Um ein Stillstandsknecht zu sein,
gnügte uns ein einziges Bein.

Augen gab uns Gott ein Paar,
Daß wir schauen rein und klar;
Um zu glauben was wir lesen,
wär ein Auge gnug gewesen.
Gott gab uns die Augen beide,
Daß wir schauen und begaffen
wie er hübsch die welt erschaffen
zu des Menschen Augenweide;
Doch beim gaffen in den Gassen
Sollen wir die Augen brauchen
und uns dort nicht treten lassen
Auf die armen Hühneraugen,
Die uns ganz besonders plagen,
wenn wir enge Stiefel tragen.

Gott versah uns mit zwei Händen,
Daß wir doppelt Gutes spenden;
Nicht um doppelt zuzugreifen
und die Beute aufzuhäufen
In den großen Eisentrühn,
wie gewisse Leute tun -
Ihren Namen auszusprechen
Dürfen wir uns nicht erfreuen -
Hängen würden wir sie gern.
Doch sie sind so große Herrn,
Philanthropen, Ehrenmänner,
Manche sind auch unsre Gönner,
Und man macht aus deutschen
Eichen
keine Galgen für die Reichen.)

Um die Denazifizierung und den demokratisch-antifaschistischen Neuanfang zu erreichen sowie um Aufklärung und Fortschritt voranzutreiben, setzten antifaschistische Kräfte überall auf Hochschulen. Um nicht die Fehler zu wiederholen, die in den Zweiten Weltkrieg geführt hatten, mussten diese Werke allen Menschen unabhängig von ihrem Geldbeutel offenstehen, da sie von zentraler Bedeutung waren. In Teilen wurde diese soziale Öffnung durch die 68er-Bewegung erreicht.

Doch heute geht davon immer mehr verloren: Zwei Drittel aller Studierenden gelten als armutsgefährdet, rund 13% der Studis erhalten BAföG und die psychosoziale Lage ist verheerend. Jede*r dritte Student leidet unter psychischen Problemen. Doch gerade jetzt, in solch krisenhaften Zeiten, mit einem erschreckenden Erstarken rechter und faschistischer Kräfte sowie einer historischen Aufrüstung, ist der Kampf um die Studierendenwerke von zentraler Bedeutung. Momentan sind die Verwaltungsräte und Geschäftsführungen viel zu sehr Elendsverwalter und geben sich viel zu oft durch vermeintliche Sachzwänge geschlagen. Dabei werden die Angebote immer entfremdeter, unpersönlicher und schlechter, als sie sein müssten. Gleichzeitig wird sich viel zu wenig dagegen gewehrt.

Es ist höchste Zeit, das antifaschistische Mandat der Werke wiederzubeleben. Statt sich jeder Verschlechterung möglichst tapfer zu geben, muss das Werk viel mehr Teil studentischen Widerstands werden. Wir müssen gemeinsam die Räumlichkeiten und Angebote nutzen können, um studentischen Protest zu organisieren und ihm eine soziale Grundlage zu geben.

Die Räumlichkeiten müssen wieder Orte für Treffen, Veranstaltungen und politische Publikationen werden und wir müssen gemeinsam mit den Angestellten unsere gemeinsamen Interessen beraten und erstreiten! Gegen Aussichtslosigkeit und Verarmung, Verrohung und Konkurrenz, lasst uns das antifaschistische Erbe vom KSTW erneuern und ein Studium in Würde und gesellschaftlicher Verantwortung erkämpfen! ■

Sozialkürzungen und Militarisierung

Geld für Kanonen oder Butter?

In Zeiten der aktuellen Aufrüstung Deutschlands und der ausgerufenen Zeitenwende hat der Chef des ifo-Wirtschaftsinstituts die Politik genau mit dieser Frage konfrontiert. Der aufgemachte Widerspruch ist klar: Wenn wir Geld in Militarisierung stecken, müssen wir den Gürtel enger schnallen und es gibt weniger Geld für Soziales. Die Entscheidung der Bundesregierung ist hier mehr als deutlich gefallen. Nach dem neuen Beschluss soll schnellstmöglich 5% des BIPs, was der Größenordnung rund der Hälfte des Bundeshaushaltes entspricht, fürs Militär ausgegeben werden. Genau hierfür wurde die Schuldenbremse ausgesetzt, diese Staatsschulden sind aber mit hohen Zinsen versehen und müssen zurückgezahlt werden. Hiermit gibt es auch weniger Gelder für die Unis, was neben einer qualitativ schlechteren Bildung weitere Konsequenzen mit sich bringt. Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden und der Umbau zur Rüstungswirtschaft geht stark auf die Staatskasse, also auch auf Mittel, die die darunter leidende Landeskassen entlasten müssten.

Wie werden Hochschulen und Forschung finanziert?

Neben den vielen Bildungsmöglichkeiten gibt es auch viel Forschung an den Unis; ein großer Anteil der Forschung in Deutschland wird an Hochschulen gemacht. Damit die Finanzierung der Lehre und Forschung an den Hochschulen gewährleistet werden kann, gibt es sogenannte Grundmittel aus den Geldtöpfen des Bundes und der Länder. Da die Gelder vorne und hinten nicht ausreichen, sind die Hochschulen auf weitere Fördergelder angewiesen. So werden Hochschulen knapp zu einem Drittel durch externe Drittmittel finanziert, Tendenz steigend. Genau hier finden Topf und Deckel zusammen, denn auch die Privatwirtschaft und Rüstungslobby haben Interesse an Forschung für Innovation und technischen Fortschritt, um mehr Gewinn zu machen. Die unterfinanzierten Hochschulen kommen ihnen da gelegen, durch die aktuellen Kürzungen Sozialkürzungen umso mehr. Dadurch erkaufen sie sich Einfluss in die Forschung an Hochschulen, der bei geringerem Anteil anderer Mittel noch viel stärker wird.



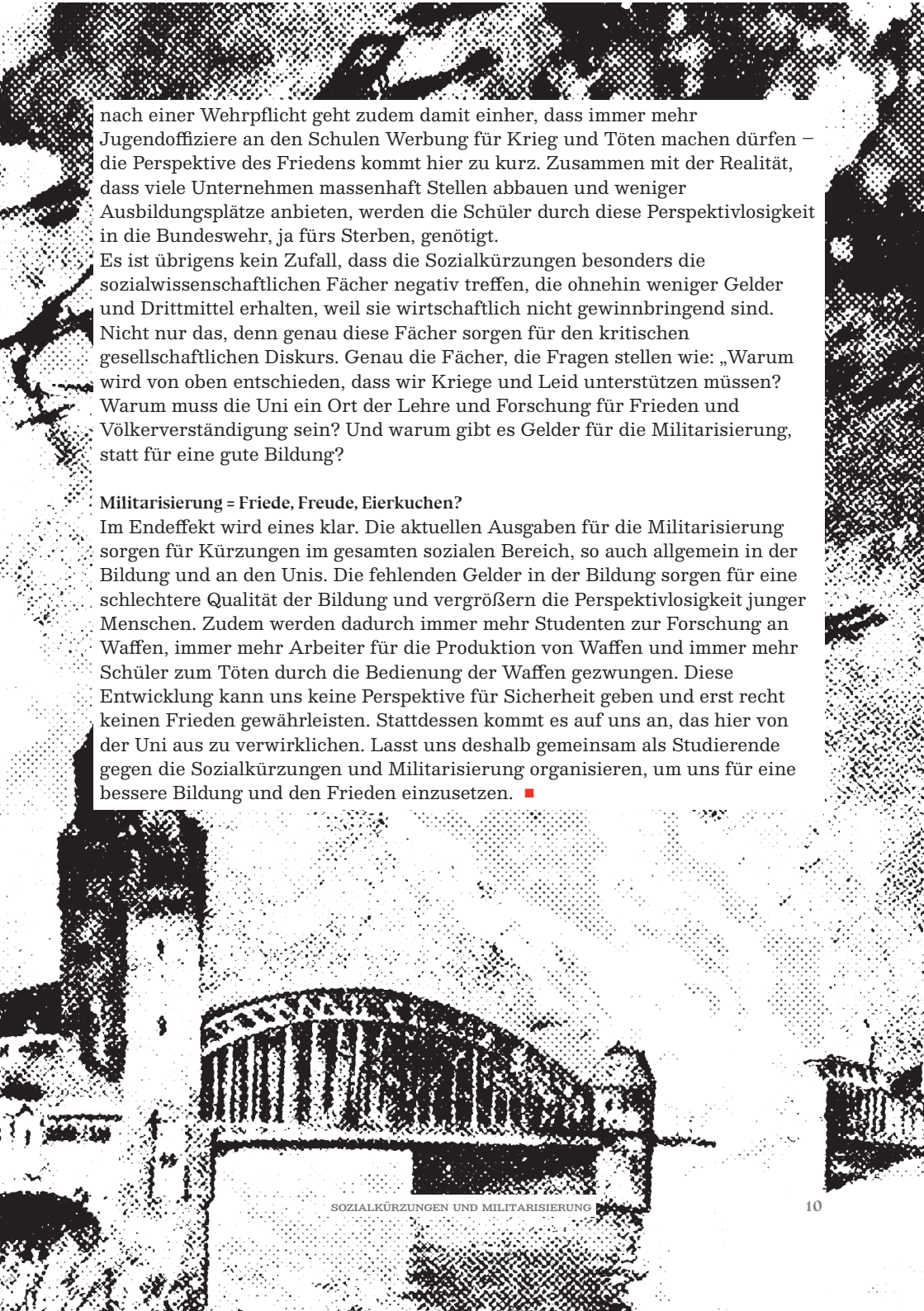
Einfluss durch Privatwirtschaft und Militär

Beispiele für die Einflussnahme von Unternehmen oder deren Interessen vertretenden Stiftungen an Unis gibt es zuhauf. So etwa, dass sich die Autolobby in Kooperation mit RWTH-Aachen jahrelang das Image von Diesel reingewaschen hat, oder etwa die Uniklinik, die mit BAYER zusammenarbeitet, wobei man nicht weiß, wem die Profite zugutekommen. Dabei bleibt es aber nicht. Gerade in Zeiten der Militarisierung, heute auch bekannt als die ausgerufene „Zeitenwende“, nehmen vermehrt Rüstungsinteressen Einfluss auf die Forschung an Hochschulen, um die Rüstungstechnologie zu verbessern und, man kann es kaum glauben, durch Finanzierung von Kriegen und deren Vorbereitungen ihre Profite zu sichern. Die Fördergelder aus dem militärischen Bereich in den letzten Jahren betrugen zweistellige Millionenbeträge, die nun weiter steigen werden. Ganz genaue Zahlen findet man hier jedoch nicht, weil die Daten unter Verschluss sind.

Zivilklausel vs. Politik und Waffenindustrie

Dieser Forschungsmissbrauch soll eigentlich durch die Zivilklausel, die 1986 zum ersten Mal in Bremen von den Studis erkämpft wurde und mittlerweile an 70 Hochschulen und Unis existiert, vermieden werden. Denn die Zivilklausel verpflichtet zur Forschung für zivile Zwecke. Durch das Grauzonen, "Dual-Use" Verfahren Forschung, wird die Zivilklausel jedoch immer wieder umgangen, indem jegliche Forschung ebenfalls zu einer Forschung für militärische Zwecke wird, wie etwa die Forschung an Navi-, Drohnen- oder KI-Systemen.

Die Bundesregierung treibt diese Entwicklungen voran und investiert selbst direkt an Hochschulen als Drittmittelgeber im Sinne der Aufrüstung und „Kriegstüchtigkeit“. Denn die Rüstungsindustrie kompensiert gerade die Gewinnausfälle in der Wirtschaft, die seit Jahren stagniert, weil die deutsche Industrie ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Wirtschaftsmächten wie China verliert oder etwa durch die Zollpolitik der USA leidet. Auch die EU als wichtiger Drittmittelgeber wird von nun an nur noch Gelder für Dual-Use-Forschung zur Verfügung stellen, um die europäische Militarisierung zu stärken. Das wird so aber nicht offen angesprochen, sondern nur, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland und dessen Demokratie geschützt werden müssen. Dies ist unter anderem die Legitimation für die Angriffe auf die Zivilklausel, die bereits in Bayern verboten wurde, damit die Bundeswehr und Rüstungskonzerne frei mit den Hochschulen kooperieren können. Über die bundesweite Erweiterung des Gesetzes wird gerade hitzig diskutiert. Durch diese Entwicklung käme es zu einem geringeren Angebot an Studiengängen und Fachbereichen, zu einer geringeren Anzahl an belegbaren Kursen sowie eingeschränkter Betreuung. In Bezug auf schulische Bildung werden bereits existierende Probleme von Lehrkräftemangel, mangelnder Bildungsqualität und maroden Schulen noch verschlimmert, die Möglichkeiten für einen guten Abschluss verringert. Die zusätzliche Forderung der Politik



nach einer Wehrpflicht geht zudem damit einher, dass immer mehr Jugendoffiziere an den Schulen Werbung für Krieg und Töten machen dürfen – die Perspektive des Friedens kommt hier zu kurz. Zusammen mit der Realität, dass viele Unternehmen massenhaft Stellen abbauen und weniger Ausbildungsplätze anbieten, werden die Schüler durch diese Perspektivlosigkeit in die Bundeswehr, ja fürs Sterben, genötigt.

Es ist übrigens kein Zufall, dass die Sozialkürzungen besonders die sozialwissenschaftlichen Fächer negativ treffen, die ohnehin weniger Gelder und Drittmittel erhalten, weil sie wirtschaftlich nicht gewinnbringend sind. Nicht nur das, denn genau diese Fächer sorgen für den kritischen gesellschaftlichen Diskurs. Genau die Fächer, die Fragen stellen wie: „Warum wird von oben entschieden, dass wir Kriege und Leid unterstützen müssen? Warum muss die Uni ein Ort der Lehre und Forschung für Frieden und Völkerverständigung sein? Und warum gibt es Gelder für die Militarisierung, statt für eine gute Bildung?“

Militarisierung = Friede, Freude, Eierkuchen?

Im Endeffekt wird eines klar. Die aktuellen Ausgaben für die Militarisierung sorgen für Kürzungen im gesamten sozialen Bereich, so auch allgemein in der Bildung und an den Unis. Die fehlenden Gelder in der Bildung sorgen für eine schlechtere Qualität der Bildung und vergrößern die Perspektivlosigkeit junger Menschen. Zudem werden dadurch immer mehr Studenten zur Forschung an Waffen, immer mehr Arbeiter für die Produktion von Waffen und immer mehr Schüler zum Töten durch die Bedienung der Waffen gezwungen. Diese Entwicklung kann uns keine Perspektive für Sicherheit geben und erst recht keinen Frieden gewährleisten. Stattdessen kommt es auf uns an, das hier von der Uni aus zu verwirklichen. Lasst uns deshalb gemeinsam als Studierende gegen die Sozialkürzungen und Militarisierung organisieren, um uns für eine bessere Bildung und den Frieden einzusetzen. ■

Exzellenz

Das Rektorat trimmt die Uni auf Exzellenz und Drittmittel, fast niemand ist davon überzeugt, aber fast alle machen mit und stellen anderes zurück. Warum?

Was hat es mit Drittmitteln und Exzellenz auf sich?

Bei der klassischen Grundfinanzierung bekommen die Hochschulen ein politisch vom Landtag festgelegtes Budget und legen in den Gremien, die bei den Uniwahlen gewählt werden, fest, was sie damit machen. Da wird dann hoffentlich nicht nur hinter verschlossenen Türen darum gerungen, was spannend ist, was gesellschaftlich relevant, ob und mit wem man kooperiert usw.

Als sich die Hochschulen infolge der 68er Bewegung und ihrer sozialen Öffnung nach links bewegten, zunehmend auch in die öffentliche Debatte eingriffen und sich in weiten Teilen z.B. an den Protesten gegen den Vietnam-Krieg beteiligten, „hatten die Ministerpräsidenten der Länder 1977 vereinbart, den Ausbau der Studienplätze zu beschränken, den Personalbestand im wesentlichen auf dem Niveau von 1975 einzufrieren und damit den erwarteten ‚Studentenberg‘ zu ‚untertunneln‘.“^[1] In den unionsgeführten Bundesländern war der Diskurs um die Hochschulen damals vor allem klar gegen links geprägt. Etwa wurde in Bayern und Baden-Württemberg die Verfasste Studierendenschaft abgeschafft, um „den terroristischen Sumpf aus[zu]trocknen“^[2], und versucht, die soziale Öffnung der Hochschulen zu begrenzen^[3]. Die Rede vom „Untertunneln“ des Studierendenansturms suggerierte, dass die stark gestiegenen Studierendenzahlen hauptsächlich auf den geburtenstarken Jahrgang der „Baby-Boomer“ zurückzuführen sei und es sich um ein vorübergehendes Problem handelte, das man einfach mal aussitzen könnte^[4]. Abgesehen davon, dass auch dieses Problem auszusitzen falsch gewesen wäre, wurde damit dem Konflikt um die soziale Öffnung der Hochschulen, auf den der größte Teil der steigenden Studierendenzahlen zurück ging, umgangen.^[4]

Tatsächlich herrschte trotz je nach Bundesland mehr oder weniger konstantem „Personalbestand“ angesichts weiter massiv steigender Studierendenzahlen^[4] und dementsprechender Hochschulneugründungen bis zur Wende immer mehr Dauermangelverwaltung. Nach der Wende spitzte sich dies zu Kürzungen zu, weil die Mittel inflationsbereinigt und ab 2000 sogar absolut sanken.^[5, 6]

Die sich laufend verschlechternde Finanzierung der Hochschulen bereitete den Nährboden für einen neoliberalen Umbau, der angesichts massiver Proteste an den Hochschulen erst in den 2000ern durchgesetzt wurde. Allerdings scheiterte damals der Versuch, die Hochschulfinanzierung zu privatisieren: Sog. Drittmittel aus der Wirtschaft blieben marginal und die damals eingeführten Studiengebühren von 500€/Semester wurden nie auf die vorgesehenen 5000€/Semester gesteigert, sondern mussten angesichts massiver Proteste nach wenigen Jahren wieder abgeschafft werden.

In dieser Situation entstand die Drittmittel- und Exzellenz-Orientierung, mit der wir es heute zu tun haben. Unter der Überschrift „Bildungsrepublik Deutschland“ sollte eine Steigerung der staatlichen Bildungsausgaben, dem sich damals schon abzeichnenden Fachkräftemangel zuvorkommen. Nur sollten die Hochschulen dabei von Anfang an gleichzeitig an die kurze Leine genommen und für eine Standortpolitik eingespannt werden, die die wirtschaftliche und politische Dominanz des Westens, insbesondere auch gegenüber Asien und dem Globalen Süden, sicherstellen sollte. Dabei wurde seinerzeit weniger auf Abschottung und Aufrüstung gesetzt als heute und mehr auf „Freihandelsverträge“, die den hiesigen Großunternehmen Vorteile auf den internationalen Märkten sichern sollten. Damals wie heute sollten und sollen die Hochschulen diese Politik legitimieren sowie den Unternehmen mundgerecht und möglichst exklusiv Technologien und brave Fachkräfte liefern. Es gab also mehr Geld, nur wurde die Dauerkürzung der Grundmittel nicht aufgehoben (in NRW wurde sie erst 2020 nach Protesten beendet, in fast allen Bundesländern läuft sie bis heute). Es gab auch kaum Geld für konkrete Auftragsforschung (, die derzeit vor allem ausgebaut wird). Stattdessen wurden und werden Drittmittel für „innovative“ (Forschungs-)Projekte mit hohem „impact“ ausgeschrieben, auf die sich „exzellente Wissenschaftler*innen“ bewerben, um die Hochschulfinanzierung auszubauen und dabei an den Hochschulen insgesamt Wettbewerb, Selbstunterwerfung und Bravheit zu etablieren: Anstatt gemeinsam für mehr öffentliche Gelder zu kämpfen und über ihre Verwendung zu diskutieren, bewerben sich Wissenschaftler*innen allein oder in Beutegemeinschaften in Konkurrenz zueinander auf damals neue, aktuell auch gekürzte Drittmitteltöpfe von Bundesregierung und EU. Kolleg*innen („Gutachter*innen“), die ihre Exzellenz schon durch besonders viele erfolgreiche Drittmittel-Einwerbungen bewiesen haben, entscheiden hinter verschlossenen Türen über die Bewerbungen. Dadurch wird in den Gremien nicht mehr diskutiert, was sinnvoll ist und wie man z.B. Forschungsprojekte zwischen verschiedenen Hochschulen aufteilt, sondern womit man die Gutachter*innen am wahrscheinlichsten rum bekommt, wie man Stärken schaumschlägerisch aufbläst und Schwächen vertuscht.

Die Drittmittel funktionieren wie eine Droge

Kritik an der Exzellenz hin und her - aber was hat das nun mit Kürzungen zu tun? Da kommt doch Geld rein?

1. Wer gegeneinander um Drittmittel konkurriert, kann schlecht gemeinsam für eine bessere Bildungsfinanzierung kämpfen. So wird auch in den Unigremien diskutiert, dass es strategisch ungünstig ist, auf die verheerenden Folgen der Kürzungen aufmerksam zu machen, wenn man gleichzeitig versucht, Probleme der Uni für die Exzellenzbewerbung zu verschleiern. Die Erfahrung aber zeigt: Selbst für den Inflationsausgleich müssen wir hart kämpfen.

2. Typischerweise decken die Drittmittel nur die Lohnkosten und manchmal die Anschaffung von Laborequipment oder Reisekosten. Die Kolleg*innen müssen aber auch irgendwo ein Büro haben, die Laborgeräte irgendwo aufgestellt und gewartet werden usw. Dies führt dazu, dass - so eine Erhebung an unserer Uni vor ein paar Jahren - jeder Euro an Drittmitteln im Schnitt 80 Cent Folgekosten mit sich bringt, die aus dem Grundbudget genommen werden müssen. Weil dies seit Jahren in der Kritik steht, übernehmen manche Drittmittelgeber inzwischen bis zu 30% dieser Folgekosten; dann bleiben immer noch 50 Cent Folgekosten je eingeworbenem Euro Drittmittel
3. Die Drittmittel sind immer projektbezogen und werden typischerweise für z.B. 5 Jahre bezahlt. Dies führt einerseits zu mehr befristeten Abreitsverträgen, andererseits stellt sich die Frage: Was passiert nach dem Projektende? Die Hochschulen stehen vor der Entscheidung, entweder abzureißen, was sie gerade aufgebaut haben und die Kolleg*innen auf die Straße zu setzen, oder sie finanzieren nach dem Ende der Drittmittel das Projekt komplett aus Grundmitteln weiter.
4. Immer mehr Drittmittelgeber verlangen inzwischen „Eigenengagement“ oder schreiben die Drittmittel „strukturbildend“ aus, dies gilt insbesondere für die Exzellenzgelder, die im Prinzip riesige Drittmittel sind. „Eigenengagement“ bedeutet dabei, dass sich die Hochschulen bei der Bewerbung verpflichten müssen, zusätzlich zu den Drittmitteln Grundmittel in den Projektbereich zu stecken. „Strukturbildend“ meint, dass Drittmittelprojekte Themen betreffen müssen, die es bisher so an der jeweiligen Hochschule nicht gibt und die neu aufgebauten Bereiche nach Auslaufen der Drittmittel weitergeführt werden müssen

Insgesamt werden durch die Drittmittel also an den Gremien vorbei viel mehr Grundmittel innerhalb der Hochschulen in Hinterzimmern dauerhaft umverteilt, meist auch von der Lehre hin zur Forschung, als von außen rein kommen. Tatsächlich ist dies auch erklärtes Ziel aller von Bundesregierung und EU aufgelegten Drittmittelprojekte. Und obendrein verschlechtern sich die Kampfbedingungen der Hochschulen für eine ausreichende Bildungsfinanzierung.

Deshalb hängen Exzellenz und Kürzungen unmittelbar miteinander zusammen und deshalb führen wir den Kampf gegen beides zusammen und für demokratische, auf Allgemeinwohl statt auf Standortpolitik und Kriegstüchtigkeit ausgerichtete Hochschulen! ■



- [1] H. Köhler, B. Kraus, J. Naumann: Ausgewählte Trends der Hochschulentwicklung in der BRD. In: D. Goldschmidt und H.-D. Schaefer (Hrsg.): Beiträge aus dem Forschungsbereich Schule und Unterricht, Nr. 34, Aktuelle Probleme der Forschung über Hochschulen Bildungsökonomische, bildungssoziologische und internationale Aspekte der Entwicklung in der DDR. Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Berlin 1990. S. 64
https://pure.mpg.de/rest/items/item_3377569_2/component/file_3377570/content
- [2] Oliver Iost, UStA Uni Karlsruhe, 1997: 1977 - Heisse Zeit an baden-württembergischen Hochschulen. In: Oliver Iost, 1997: 20 Jahre gegen Interessenlosigkeit
https://web.archive.org/web/20010716093824fw_/http://www.usta.de:80/Wir/UStA/1977.html
- [3] Guntram von Schenk: Der Kampf um die Hochschulen oder Das Hochschulrahmengesetz. bpb, Aus Politik und Zeitgeschichte 29/1976.
<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/archiv/530210/der-kampf-um-die-hochschulen-oder-das-hochschulrahmengesetz-guntram-von-schenk/>
- [4] Gisela Färber: Die gegenwärtige Finanznot als Chance - Wie kann ein leistungsfähiges Bildungssystem finanziert werden? - Eine kritische Bestandsaufnahme der Bildungsfinanzierung in Deutschland. In: Bildungspolitik 4/97. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
https://www.buergerundstaat.de/4_97/bis974d.htm
- [5] Timmermann, Dieter (2010): Alternativen der Hochschulfinanzierung. Hans Böckler Stiftung, Arbeitspapier Bd. 211, Düsseldorf
https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-004648
- [6] Michael Leszczensky: Paradigmenwechsel in der Hochschulfinanzierung bpb, Aus Politik und Zeitgeschichte 25/2004.
<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/28275/paradigmenwechsel-in-der-hochschulfinanzierung/>

Fachschaft Physik

Physikalische Grundlagenforschung ist schon immer zentral für neue Technologien: LED-Lampen, (Quanten-)Computer, Bildgebung in der Medizin, den Klimawandel in den Griff zu bekommen, etc.

Diese technologische Bedeutung ist auch der Grund, warum die Physik trotz Kürzungen anders als andere Fächer nicht in ihrer Existenz gefährdet ist. Selbst wenn auch hier gekürzt wird, kommt gleichzeitig Geld durch Drittmittel- und Exzellenzprogramme wieder rein - mit dem Unterschied, dass dies dann zunehmend an die Geopolitik der Regierung gebunden ist: Da geht es dann weniger darum, den Klimawandel in den Griff zu bekommen - eigentlich existiert die dafür notwendige Technologie längst und ihre Anwendung ist eine politische Frage -, sondern darum, seine Auswirkungen möglichst anderen in die Schuhe zu schieben. Schlüsseltechnologien werden zunehmend „systemischen Gegnern“ wie China vorenthalten, die Entwicklung des Globalen Südens weiter ausgebremst sowie militärische Aspekte und Anwendungen, etwa von Quantensensoren, in den Mittelpunkt gerückt. Der immer geringere Anteil an Grundmitteln geht zusätzlich quasi vollständig zur Ermöglichung der immensen Drittmittelprojekte drauf. Dadurch bleiben kaum Ressourcen, über die demokratisch verfügt werden kann und mit denen sich finanzieren lässt, was nicht dem politischen Mainstream entspricht oder dem potenziell im Weg steht, wie z.B. Technikfolgenabschätzung. Beispielsweise ist die Biophysik ein eher kleiner, und damit potenziell durch Kürzungen existenzgefährdeter Bereich, der erst zehn Jahre alt ist. Diesen gibt es so kaum sonstwo, und er ist entstanden, weil man festgestellt hat, dass bestimmte physikalische Ansätze auf die Biologie angewandt die Krebsforschung massiv voran bringen und große Bedeutung für die Bekämpfung von Seuchen haben.

“Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt, für den Aufbau einsetzen. Ein Zehntel der Energien, ein Bruchteil des Geldes wäre hinreichend, um den Menschen aller Länder zu einem menschenwürdigen Leben zu verhelfen und die Katastrophe der Arbeitslosigkeit zu verhindern.”
- Albert Einstein



Wissen als Ware: Soziale Öffnung kaputtgespart?

Der Druck, permanent Drittmittelprojekte beantragen und durchführen zu müssen, um nicht selbst arbeitslos zu werden oder Kolleg*innen auf die Straße setzen zu müssen, geht zulasten des Stellenwerts der Lehre. Mit den Kürzungen obendrauf fällt die Lehre entweder noch weiter hinten runter oder sie muss Teil der Exzellenz-Orientierung werden. Das heißt dann: Alles muss in Regelstudienzeit passen, entmenslichenden Indikatoren entsprechen und der Rest wird ausgesiebt.

Errungenschaften, die das Studium bisher sozial zugänglicher gemacht haben, werden dann absehbar als erstes gestrichen und das Physikstudium droht wieder elitärer zu werden.

Konkret sind bei uns die Tutorien gefährdet, die den Studieneinstieg erleichtern, und es wird diskutiert, bestimmte

Erstsemesterveranstaltungen, auf denen vieles aufbaut, nur noch jährlich statt jedes Semester anzubieten. Unser Lehramts-Seminar zu Inklusion in den Naturwissenschaften, für das wir schon immer jedes Semester mit dem Klingelbeutel rumgehen mussten, ist zuletzt nicht mehr zustande gekommen. Schon gar nicht findet unter diesen Bedingungen die dringend notwendige, breite Diskussion unter Studierenden und Dozierenden über die gesellschaftliche Bedeutung der Lehre und Forschung statt.

Gemeinsame Entwicklung statt globaler Elitenbildung

Etwa 40% unserer Master-Studierenden stammen aus dem Globalen Süden, überwiegend aus Ländern, die unsere Regierung und ihre Freunde zu "Schurkenstaaten", systemischen Gegnern usw. zählt. Das ist eine unglaubliche Weitung des Horizonts für alle Beteiligten und kann noch viel mehr als jetzt schon zu Völkerverständigung von unten beitragen.

Die Lebenshaltungskosten in Deutschland sind, gemessen am Einkommen, in diesen Ländern noch höher. Diese Studierenden haben kein Anrecht auf BAföG und stecken ständig, angesichts des aktuellen Diskurses noch mehr, in Auseinandersetzungen mit den Ausländerbehörden. Dass in Folge dessen nicht reihenweise internationale Studierende sofort wieder aufgeben und nicht nur Kinder von Reichen und Herrschenden hier studieren können, liegt maßgeblich daran, dass einige Errungenschaften erstritten wurden, die mit den drohenden Kürzungen gefährdet sind: Personal, das die Studierenden im Kampf mit den Ausländerbehörden unterstützt und auch sonst Schwierigkeiten nicht nur bei der Studienplanung in jedem Einzelfall nachgeht, finanzielle Unterstützung für Studierende, die sich ein Studium hier sonst nicht leisten könnten (was natürlich kein BAföG für internationale Studierende ersetzen kann) und kostenlose in-house-Deutschkurse.

Der Ausbau, nicht der Abbau dieser Angebote ist nötig, um den Druck zu reduzieren und das Studium als individuelle Karriere-Investition statt Beitrag zu Völkerverständigung zu sehen. Zusätzliche Gelder könnten ermöglichen, dass wissenschaftlicher Austausch mit den Hochschulen dieser Studierenden aufgebaut und systematisch auf gemeinsame Entwicklung statt auf Brain Drain gesetzt wird.

Wissenschaft international, demokratisch, sozial - jetzt erst recht!

Die Kürzungen bedeuten also an der Physik keine Bedrohung für den Fachbereich an sich, stattdessen aber bewirken sie eine deutlich verschärfte Auslieferung der Wissenschaft gegenüber Standortinteressen. Die Bedingungen für den Kampf um die Demokratisierung des Fachbereichs und seine Ausrichtung nach dem Allgemeinwohl werden zudem noch stark eingeschränkt: Durch soziale Auslese, sowohl hier als auch international, wird die Studierendenschaft homogenisiert. Dadurch kann sie kaum noch ihr gemeinsames Interesse mit der weltweiten Zivilbevölkerung erkennen und bildet nur noch zukünftige Eliten ab.

Notwendig ist also dem entgegen der Kampf darum, in wessen Interesse geforscht wird. Demokratisierung von Lehre und Forschung, Verbesserung der sozialen und Studienbedingungen und internationalistische Praxis gehen alle einher mit dem Kampf gegen Kürzungen und müssen jetzt angegangen werden, an der Physik und der Uni insgesamt! ■

Fachschaft Psychologie

Psychologie in der Krise: Warum Kürzungen jetzt fatal wären

Brauchen wir Psychologie? Diese Frage beantwortet sich am besten mit einem Blick auf die aktuelle Versorgungslage: Brauchen wir Psychologinnen und Psychotherapeutinnen? Die Antwort ist eindeutig.

Die mentale Gesundheit in Deutschland befindet sich in einem kritischen Zustand. Laut einer Studie von AXA^[1] leiden über ein Drittel aller Deutschen unter einer psychischen Erkrankung, bei den 18- bis 24-Jährigen sind es sogar 54 Prozent. Angesichts dieser alarmierenden Zahlen sind Kürzungen im Fach Psychologie nicht nur kontraproduktiv, sondern verantwortungslos.

Der Weg ist bereits jetzt beschwerlich lang: Nach einem Bachelor- und Masterstudium folgt eine mehrjährige Weiterbildung, deren Finanzierung bis heute ungeklärt ist. Insgesamt vergehen rund zehn Jahre bis ausgebildete Therapeut*innen ihre Arbeit aufnehmen können.

[1] <https://www.axa.de/presse/mental-health-report-psychische-erkrankungen>



Die geplanten Kürzungen verschärfen diese Situation dramatisch. Weniger Stellen bedeuten weniger Studienplätze und damit ein schrumpfendes Lehrangebot. Die Konsequenzen sind absehbar: längere Studienzeiten, sinkende Qualität und eine Überlastung der verbleibenden Lehrpersonen, die den ohnehin strikten Lehrplan mit weniger Ressourcen bewältigen müssen. In einer Zeit, in der wir dringend mehr Fachkräfte benötigen, drosseln wir ihre Ausbildung. Das ist ein Widerspruch, den wir uns nicht leisten können!

Psychologie als Schlüssel zur Mündigkeit

Psychologie ist aus unserer Gesellschaft nicht wegzudenken, und das weit über die Psychotherapie hinaus. Psychologen werden gleichermaßen in Schulen, im Personalwesen, im Rechtswesen, in der Marktforschung und in der politischen Forschung gebraucht.

In Zeiten zunehmender Massenbeeinflussung durch soziale Medien, Desinformationskampagnen und politische Manipulation ist die Erforschung menschlichen Denkens wichtiger denn je. Gerade jetzt sollten wir mehr, nicht weniger in die psychologische Forschung investieren, denn nur wer versteht, wie Manipulation funktioniert, kann sich dagegen wappnen. Eine funktionierende Gesellschaft braucht mündige, psychisch stabile Individuen. Die Emanzipation des Einzelnen und eine starke Psyche sind keine Luxusgüter, sondern Grundvoraussetzungen für demokratische Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Kürzungen im Fach Psychologie untergraben damit letztlich die Basis unseres Gemeinwesens.

Bereits die Psychotherapeuten-Approbationsordnung hat die Lehre massiv standardisiert und reduziert. Doch Bildung erschöpft sich nicht in Frontalunterricht und Pflichtcurricula. Ein vielfältiges Lehrangebot, das auch Themen wie Tiefenpsychologie, Kulturpsychologie oder kritische Ansätze einbezieht, ist unverzichtbar für eine umfassende Ausbildung.

Ein selbstbestimmtes Studium fördert selbstbestimmte Menschen, Menschen, die nicht nur funktionieren, sondern kritisch denken und eigenständig urteilen können.

Weitere Kürzungen ebnen hingegen den Weg zu einer verschulten, autoritätsgläubigen Ausbildung, in der Studierende lediglich vorgefertigte Inhalte übernehmen, statt eigene Perspektiven zu entwickeln. Das ist das Gegenteil von dem, was wir in einer pluralistischen Gesellschaft brauchen. ■

Fachschaft Hören und Kommunikation

Die Uni Köln ist einer von nur sechs Hochschulstandorten deutschlandweit, an denen der sonderpädagogische Förderschwerpunkt Hören und Kommunikation überhaupt studiert werden kann. Das bedeutet, dass die Ausbildung der Sonderpädagog*innen in Anzahl und Qualität von entscheidender Bedeutung für den hochwertigen Unterricht an Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt HK und der Inklusion im gesamten Bundesgebiet ist. An der Universität zu Köln gibt es zwei Arbeitsbereiche, die für die Forschung und Bildung im Förderschwerpunkt Hören und Kommunikation von zentraler Bedeutung sind: Einer, welcher sich der Pädagogik und Didaktik für Menschen mit Hörbehinderung widmet, die primär die Gebärdensprache bevorzugen, und ein zweiter, der sich der Pädagogik und Rehabilitation lautsprachlich kommunizierender Menschen mit Hörschädigung widmet. Diese verschiedenen Lehrstühle setzen jeweils einen anderen Schwerpunkt und sind für die Bildungslandschaft im Förderschwerpunkt Hören und Kommunikation unverzichtbar. Durch die aktuelle Unbesetztheit in der Professur für lautsprachlich kommunizierende Menschen mitsamt drei von vier Mittelbau-Stellen ist der gesamte Forschungsbereich sowohl in der Qualität als auch in der Umsetzung der Lehre drastisch eingeschränkt. Hinzu kommt der Stillstand in der Forschung eines ganzen Forschungsbereiches an der Uni Köln. Durch den vom Department Heilpädagogik und Rehabilitation verhängten „Kommissionsstopp“ ist es auch unwahrscheinlich, dass die Professur in absehbarer Zeit neu besetzt wird. Zwar ist die aktuell unbesetzte Stelle des Arbeitsbereichs im Wintersemester 25/26 durch eine Vertretungsprofessur besetzt, allerdings ist diese nur auf genau dieses eine Semester befristet. Dadurch wird es der Vertretungsprofessorin kaum möglich sein, neue Mitarbeitenden einzustellen oder Abschlussarbeiten abzunehmen. Langfristig fürchten wir darum, dass der Lehrstuhl vollständig abgeschafft wird und in den anderen Lehrstuhl übergehen soll. Wenn es nicht schon die Namensgebungen der beiden Lehrstühle verdeutlicht, dann soll hier noch einmal betont sein, dass es sich um zwei unterschiedliche Forschungsperspektiven handelt, die beide gleichermaßen in der sonderpädagogischen Ausbildung behandelt werden müssen. Denn im Hinblick auf die Inklusion von Menschen mit Hörbehinderung sind beide Schwerpunkte lautsprachlich sowie gebärdensprachlich gleichwertig zu betrachten. Dass einer der Lehrstühle gerade eher einem „Leerstuhl“ gleicht, bedeutet zusätzlich, dass deutlich weniger Abschlussarbeiten im Förderschwerpunkt Hören und

Kommunikation verfasst werden können. Dabei sind Bachelor- oder Masterarbeiten ein wichtiges Instrument, um die Studierenden langfristig für diesen Förderschwerpunkt zu begeistern und ihnen das Gefühl geben zu können, dass sie die notwendige Expertise besitzen, um später in diesem Förderschwerpunkt unterrichten zu können. Eine reduzierte Anzahl von Abschlussarbeiten bedeutet ebenfalls eine Abnahme an gewillten Lehrkräften für den Förderschwerpunkt Hören und Kommunikation. Bereits jetzt aber besteht für Studierende mit diesem Förderschwerpunkt fast keine Wahlmöglichkeit für das Referendariat, da sie auch gegen ihren Wunsch, im anderen studierten Förderschwerpunkt die zweite Ausbildungsphase abzuschließen, dem Förderschwerpunkt HK zugeteilt werden. Das liegt nicht zuletzt am eklatanten Lehrkräftemangel unseres Förderschwerpunkts. Diese Situation wird sich also noch weiter intensivieren.

Nicht den gewünschten Ausbildungsweg antreten zu können, hat allerdings nicht nur Einfluss auf die Zufriedenheit der Lehramtsanwärter*innen und schreckt zukünftige Studierende ab, sondern schlägt sich auch in der Unterrichtsqualität für die Schüler*innen nieder. Kinder mit Hörbehinderung haben ein Recht darauf in der deutschen Gebärdensprache unterrichtet und geprüft zu werden. In der Praxis kann dieses Recht allerdings kaum eingehalten werden, denn nur wenige Lehrpersonen beherrschen die DGS zu einem ausreichenden Niveau. Zwar ist seit 2024 das A2-Niveau nach GER verpflichtet, um vom Bachelor in den Master aufgenommen zu werden, allerdings wird sich danach auf die Freiwilligkeit der Studierenden verlassen ein noch höheres Sprachniveau erreichen zu wollen und die Sprache regelmäßig weiter zu üben. Eine Person, die sich nun eigentlich im Referendariat für einen anderen Förderschwerpunkt entschieden hat, wird nun mit der Situation konfrontiert mit ihrem bereits mindestens zwei Jahre alten A2-Niveau Fachunterricht mit den nötigen Fachtermini zu geben.

Eigentlich sind die Möglichkeiten an der Uni Köln ein höheres Sprachniveau zu erreichen und umfassend in der DGS ausgebildet zu werden, exzellent. Sie ist der einzige Standort in Deutschland der über das erforderliche Sprachniveau hinaus noch weitere freiwillige Kurse anbietet und darüber hinaus noch das Erweiterungsfach Deutsche Gebärdensprache als Drittfach im Master besitzt. Vor dem Hintergrund der drastischen Kürzungen allerdings sind es genau diese beiden Dinge, die, da sie nicht verpflichtend sind, für die sonderpädagogische Ausbildung wegrationalisiert werden könnten. Es muss klar sein, dass, wenn Lehrkräfte die Unterrichtssprache nur unzureichend beherrschen, und dadurch die schulische Ausbildung der Kinder und Jugendlichen mit Hörbehinderung beeinträchtigt wird, dies gegen Artikel 24 der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen verstößt.



Des Weiteren leistet die Sonderpädagogik einen maßgeblichen Beitrag zur Inkludierung und (Re-)Habilitation von Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft. Durch die Ausbildung von Studierenden zu kompetenten Sonderpädagog*innen, werden diese befähigt sich für die Belange von Menschen mit Behinderung langfristig einzusetzen und die Gleichberechtigung dieser auszubauen. Denn die Bildung aller Menschen und insbesondere solcher mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf, die durch Sonderpädagog*innen angeleitet wird, ermöglicht es diesen an sozialen und demokratischen Prozessen überhaupt erst teilzunehmen. Die starke Präsenz des Sonderpädagogik-Lehramtes an der humanwissenschaftlichen Fakultät und an der gesamten Uni macht die Universität zu Köln zu einer Uni die Behinderungsperspektiven im Blick behält, sich für echte Barrierearmheit einsetzt und ihren Studierenden eine anti-ableistische Einstellung vermittelt. Dies kann nur gelingen, wenn die Sonderpädagogik-Studierenden in ihrer Ausbildung umfassend für die Belange von Menschen mit Behinderung sensibilisiert werden. Es mag selbstverständlich klingen, dass dies bei einem solchen Studienfach ohnehin der Fall ist, allerdings wird bei genauerer Betrachtung deutlich, dass das Lehramt für sonderpädagogische Förderung, auf nur zwei von sieben Förderschwerpunkten fokussiert. Weiterführend bedeutet dies, dass auch nur Expertise in zwei von sieben Förderbereichen besteht und daher nur für eben diese zwei ausreichende Sensibilisierung stattfindet. Was es also braucht ist eine förderschwerpunktsübergreifende Grundlagenausbildung, die behinderungsunspezifisch aufklärt und sensibilisiert. Während dies aktuell noch in den Basismodulen der Fall ist, sind auch hier Einsparungsmöglichkeit bereits in Diskussion. Vor dem Hintergrund der aktuellen Inklusionentwicklungen sollte es allerdings im Gegenteil die Möglichkeit geben, zusätzlich zu einer Ausbildung in die Tiefe in zwei Förderschwerpunkten auch in die Breite gut aufgestellt zu sein; in Form von einem starken Fokus auf die Inklusionspädagogik, der das freiwillige Studium eines dritten



Förderschwerpunktes, freiwillige Zusatzmodule in inklusiver Pädagogik oder außercurriculares Angebot zu inklusionspädagogischen Themen beinhalten kann. Zudem gelingt die Ausbildung von Sonderpädagogik-Studierenden dann besonders gut, wenn ihnen viele Ressourcen zu Verfügung stehen, die ihnen eine möglichst breite Basis an Wissen und Praxiserfahrung an die Hand geben können. Das bedeutet: Zugriff auf eine große Auswahl an diagnostischen Tools und Fördermaßnahmen, die angeschafft werden müssen, sowie Lehrpersonal, dass Bezug zur Praxis hat, also durch den Ausbau von LfBA-Stellen und Förderschullehrer*innen im Hochschuldienst.

Durch die Exzellenzstrategie der Uni Köln, entsteht eine immer größere Kluft zwischen Bereichen, die perspektivisch viel Geld erwirtschaften können, während solche, die sozial-gesellschaftlich forschen, finanziell benachteiligt werden. Bereiche, die viel Geld einbringen, bekommen auch mehr Geld, und umgekehrt. Für die Bewerbung um Exzellenz-Cluster bedeutet dies, dass die Vergabe an diejenigen Bereiche geschieht, die bereits viel zu bieten haben. Deutlich wird das zum Beispiel daran, dass die Bewerbung der HumF für ein Cluster, als einzige von fünf Bewerbungen der Uni Köln nicht erfolgreich war. Humanwissenschaftliche Studiengänge erhalten immer weniger Grundmittel und können dadurch auch schlechter gewinnbringende Forschungsprojekte vorantreiben. Besonders für die Sonderpädagogik ist dies eine nicht vertretbare Situation, denn für einen Fortschritt an Barrierefreiheit, echter Gleichstellung und gerechten Bildungsmöglichkeiten benötigt es Forschung in sonderpädagogischen Fachgebieten. Im internationalen Vergleich ist die Forschungs- und Studienlage deutschlandweit im Förderschwerpunkt unterpräsentiert und aufgrund des deutschen Schulsystem schwer mit internationalen Forschungsergebnissen vergleichbar. Daher ist es unabdingbar, dass das Lehramt für Sonderpädagogische Förderung und im Besonderen der Förderschwerpunkt Hören und Kommunikation an der Uni Köln in ihrer jetzigen Form erhalten bleiben und weiter ausgebaut werden. An der Würde des Menschen mit Behinderung darf nicht gespart werden! ■

Fachschaft China

Auch wir von der Fachschaft China stellen uns aktiv gegen die bevorstehenden Kürzungen am Hochschulbetrieb in NRW. Konkret bedeuten sie für uns, dass einige Professuren und Lehrstellen, die auslaufen oder in Rente gehen, nicht nachbesetzt werden. Unser ohnehin kleines (aber feines) Fächerangebot schrumpft dadurch drastisch. Die Folge sind starre, schulartige Stundenpläne. Statt sich nach eigenen Interessen zu spezialisieren, können Studierende nur die wenigen verbleibenden Module belegen und lernen die Vielfalt der Chinastudien kaum kennen.

Warum braucht unser Fachbereich deshalb mehr und nicht weniger Finanzierung?

Schon jetzt finden keine Tutorien mehr statt, obwohl diese gerade in der Sprachpraxis von unschätzbarem Wert sind. Gleichzeitig sind unser Gebäude und die Fachbibliothek seit der Covid-Zeit für Studis faktisch kaum nutzbar.

Wegen anhaltender Brandschutzauflagen haben seit 2020 keine Lehrveranstaltungen im eigenen Haus stattgefunden. Das hat spürbare Folgen für den Studienalltag, es kann sich keine lebendige Community im Studiengang bilden, geschweige denn halten, dadurch werden Probleme nicht sichtbar oder laut und Ansprechpersonen sind nicht mehr spontan vor Ort aufzutreffen. Selbst die Nutzung der Fachbibliothek ist nur eingeschränkt möglich. Nämlich nur an manchen Wochentagen, ausschließlich mit 24-stündiger Voranmeldung und dann nur in einem 30-minütigen Timeslot. Das schränkt unser wissenschaftliches Arbeiten enorm ein. Diese strukturellen Hürden verschlechtern die Studienbedingungen erheblich und schneiden uns von zentralen Ressourcen ab. Denn auch wir wollen zusammensitzen und Seminare nachdiskutieren, Geopolitik nicht nur als Thema der Stunde abarbeiten und wieder in den Hinterkopf verschieben, sondern immer wieder gemeinsam aufgreifen und aus unserer erlernten Fachsicht beleuchten.

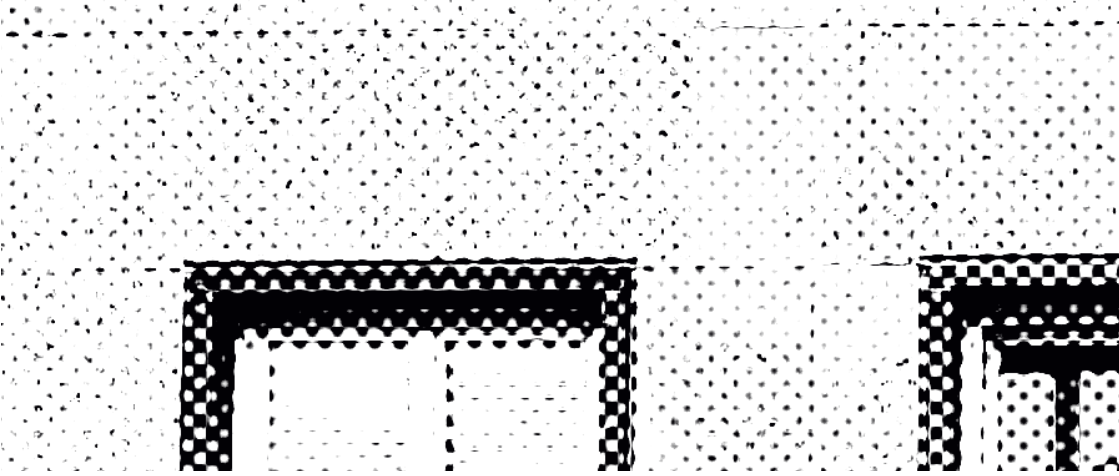
Dabei ist all das so wichtig, um sich fundiert spezialisieren zu können, damit auch unser Fach seinen gesellschaftlichen Beitrag leisten kann. Dazu gehört der aktive Einsatz gegen antiasiatischen Rassismus, die



Entstigmatisierung von „Made in China“ in Wirtschaft, Kultur und Diplomatie sowie eine geopolitische Auseinandersetzung aus antikolonialer und nicht westlicher Perspektive. Wir eignen uns im Studium einen fachlichen Blick an, um Hegemonien benennen zu können und gerade in Zeiten geopolitischer Spannungen das daraus resultierende Neuaufkommen von Blockbildung zu überwinden. Das grundlegende Misstrauen gegenüber allem Chinesischen fördert gesellschaftliche und geopolitische Spannungen, nicht den Diskurs und muss deshalb überwunden werden. Gerade vor dem Hintergrund wachsender Spannungen müssen Austausch und Verständnis gefördert werden, nicht abgebrochen werden. Nur wenn wir das Zusammenspiel von Kultur, Politik und Wirtschaft verstehen, die alle eng miteinander verwoben sind, können wir die chinesische und damit auch unsere eigene Lebensrealität erfassen. Wir brauchen deshalb nicht weniger, sondern mehr Finanzierung! ■

Fachschaft Heilpädagogik

Heilpädagogik als Studiengang, Forschungsdisziplin und die Fachkräfte selbst sind für unsere Gesellschaft systemrelevant. In aktuellen Zeiten eines akuten Fachkräftemangels brauchen wir nicht weniger, sondern mehr gut ausgebildete Heilpädagog*innen. Dafür werden ausreichend und qualitativ hochwertige Lehrkräfte benötigt, um dieselbe Qualität in der Ausbildung weiterzugeben und zu gewährleisten. Die Heilpädagogik leistet durch ihre interdisziplinäre Arbeitsweise einen entscheidenden Beitrag zur Inklusion, zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und damit zur Einhaltung menschenrechtlicher Verpflichtungen. Sie stärkt das Allgemeinwohl nicht aus wirtschaftlichen Interessen, sondern weil sie Menschen befähigt, ihre Stimme in der Gesellschaft zu erheben, Selbstwirksamkeit zu erfahren und aktiv an demokratischen Prozessen teilzuhaben. Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird gefördert, Diskriminierung abgebaut und ein unerlässlicher Beitrag zu einer inklusiven, friedlichen und solidarischen Gesellschaft geleistet. Forschung und Lehre in der Heilpädagogik sind damit nicht nur Bildung durch Theorie, sondern eine Grundlage für Demokratie und Frieden. ■



SHK-Räte NRW

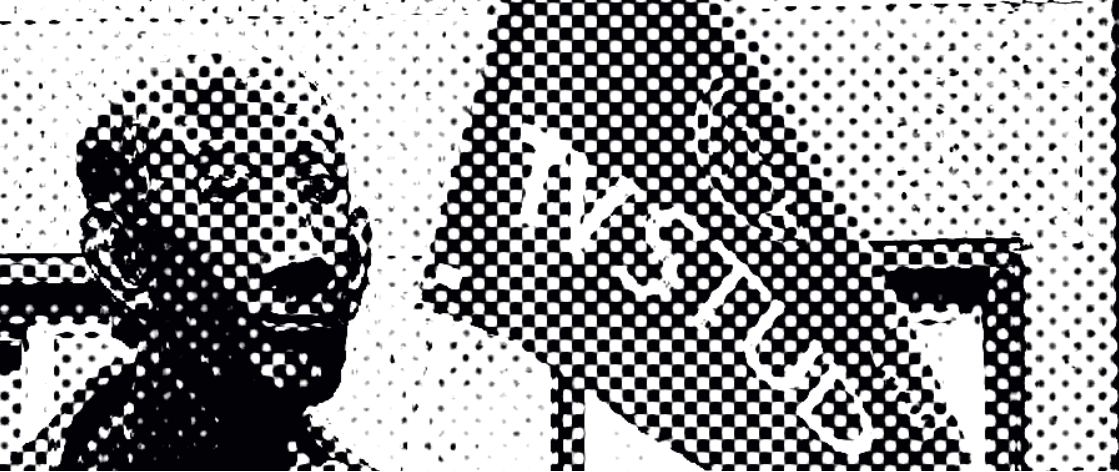
Die geplanten Kürzungen in der Grundfinanzierung treffen auch die studentischen Hilfskräfte (SHK) unmittelbar. Ihre Beschäftigung wird größtenteils aus denselben Mitteln finanziert, die nun gekürzt werden sollen. Wenn Hochschulen nun gezwungen sind, ihre Ausgaben zu reduzieren, gehören SHK-Stellen auch aufgrund der kurzen Befristungsdauer zu den ersten Bereichen, in denen gespart wird. Das bedeutet weniger Beschäftigungsmöglichkeiten, weniger Praxiserfahrung und weniger Unterstützung für Forschung und Lehre.

Für viele Studierende sind SHK-Stellen eine wichtige Einkommensquelle und zugleich ein zentraler Zugang zur wissenschaftlichen Arbeit. Sie ermöglichen den Einstieg in Forschung und Lehre, fördern Qualifizierung und eröffnen Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Wenn diese Stellen wegfallen, verlieren Studierende nicht nur finanzielle

Sicherheit, sondern auch wertvolle Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten. So zeigt die Studie "Studentische MitarbeiterInnen. Zur Situation und Lage von studentischen Hilfskräften und studentischen Beschäftigten an deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen", dass 75% der Promovierenden so beschäftigt waren.

Gleichzeitig führt der Abbau von Hilfskraftstellen zu einer höheren Belastung für Lehrende und die verbleibenden Mitarbeitenden. Tutorien, Korrekturen und organisatorische Aufgaben können nicht mehr in gewohnter Qualität abgedeckt werden. Damit sinkt auch die Qualität der Lehre und der Betreuung insgesamt.

Besonders problematisch sind die sozialen Folgen: Viele Studierende sind auf SHK-Jobs angewiesen, weil sie flexible, studiennahe Arbeitsbedingungen bieten. Wenn diese wegfallen, müssen sie auf andere, oft schlechter mit dem Studium vereinbare Nebenjobs ausweichen, was zu längeren



Studienzeiten und höheren Abbruchquoten führen kann. Das verschärft bestehende soziale Ungleichheiten und benachteiligt insbesondere Studierende aus nicht-akademischen oder einkommensschwächeren Haushalten. Langfristig gefährden die Kürzungen somit nicht nur einzelne Arbeitsplätze, sondern auch die Nachwuchsförderung und die Funktionsfähigkeit des gesamten Wissenschaftssystems. Studentische Hilfskräfte sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Hochschulen. Sie leisten oft schon einen Beitrag, der weit über ihre vertraglich festgelegten Aufgaben hinausgeht. Ihre Arbeitsbedingungen zu sichern, bedeutet daher auch, Qualität, Kontinuität und Zukunftsfähigkeit von Lehre und Forschung zu schützen. Die geplanten Kürzungen an den Hochschulen in NRW sind mehr als nur ein finanzielles Problem – sie stellen eine ernsthafte Bedrohung für die Unabhängigkeit und Integrität der Forschung dar. Wo öffentliche Mittel fehlen, wächst der Einfluss privater

Geldgeber, deren Interessen nicht immer mit den Prinzipien freier Wissenschaft vereinbar sind. Forschung, die auf Drittmittel angewiesen ist, läuft Gefahr, ökonomischen oder politischen Zielsetzungen zu dienen, anstatt sich am gesellschaftlichen Erkenntnisinteresse zu orientieren. Besonders kritisch ist dabei die fehlende Transparenz: Häufig bleibt unklar, ob Projekte potenziell „dual use“-relevant sind, also Ergebnisse hervorbringen könnten, die sowohl zivilen als auch militärischen Zwecken dienen. Diese Intransparenz gefährdet nicht nur die Glaubwürdigkeit wissenschaftlicher Arbeit, sondern auch das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Hochschulen als Orte unabhängigen Denkens. Gerade in Zeiten finanzieller Kürzungen sollte der Landtag deshalb alles daran setzen, die Autonomie und Transparenz von Forschung und Lehre zu sichern – nicht sie weiter zu schwächen. ■

Erklärung Disability Studies:

Disability Studies sind ein transdisziplinäres, international ausgerichtetes und höchst innovatives Forschungsfeld, das traditionelle Sichtweisen auf Behinderung hinterfragt und neue Denkweisen anregt: Im Mittelpunkt steht die Analyse von Behinderung als soziales Phänomen. Ihr Ansatz ist damit gesellschaftskritisch und grundlagentheoretisch angelegt. Behinderung wird nicht als individuelles Defizit verstanden, sondern die gesellschaftlichen Barrieren werden ebenso in den Blick genommen wie die Normierungs- und Normalisierungsprozesse sozialer Ungleichbehandlung. Seit den frühen 2000er-Jahren sind die aus den internationalen Behindertenbewegungen hervorgegangenen Disability Studies auch im deutschsprachigen Raum an verschiedenen Hochschulen und Universitäten vertreten, u.a. das „Zentrum für Disability Studies und Teilhabeforschung“ (ZeDiSplus) in Hamburg, die „Internationale Forschungsstelle Disability Studies“ (iDiS) in Köln oder das „Bochumer Zentrum für Disability Studies“ (BODYDYS). Es gibt ein breites Spektrum an Forschungsaktivitäten und zahlreiche Lehrangebote, aber bislang keine eigenständigen Studiengänge. Disability Studies verstehen sich als Querschnittsdisziplin; sie entwickeln neues Wissen, Theorien und Methoden, die weit über den traditionellen Behinderungsdiskurs hinausgehen und den Grundsatz „Nichts über uns ohne uns“ praktisch umsetzen. Zentral ist die gleichberechtigte Partizipation von Menschen mit Behinderungen. Angesichts des aktuellen gesellschaftlichen

und politischen Backlashs stehen sowohl Gender & Queer Studies als auch die Disability Studies unter Druck. Dies zeigt sich in systematischen Angriffen auf sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sowie inklusive Pädagogik und setzt sich in der Ablehnung gesellschaftskritischer Forschung und Lehre fort. Die Angriffe folgen einem bekannten Muster: Sie beginnen mit der Delegitimierung einzelner emanzipatorischer Disziplinen, um schrittweise das gesamte Spektrum der gesellschaftskritischen Lehre und Forschung zu untergraben. Besonders intersektionale und menschenrechtsorientierte Forschungsansätze sind daher keine Selbstverständlichkeit. Es müssen dringend im deutschsprachigen Raum dauerhafte institutionelle Grundlagen für Disability Studies geschaffen werden - auch um der Demontage kritisch-emanzipatorischer Wissenschaften entgegenzutreten. Zurzeit passiert hierzulande aber genau das Gegenteil, anstatt bestehende Institutionen der Disability Studies zu stärken, sollen sie entweder geschlossen werden oder sind durch radikale Kürzungen bedroht. Die 2004 gegründete iDiS an der Universität zu Köln sowie die erste ordentliche Professur für Soziologie und Politik der Rehabilitation, Disability Studies an einer deutschsprachigen Universität, bis 2024 mit bundesweiter und internationaler Sichtbarkeit durch Prof. Dr. Anne Waldschmidt vertreten, sind aktuell durch Sparpläne des Landes NRW in ihrer Existenz bedroht. An der Forschungsstelle werden zentrale, profilbildende Beiträge zu den deutschsprachigen Disability Studies geleistet, u.a. Lehrwerke, ein interdisziplinäres Handbuch Disability Studies, grundlegende Sammelwerke sowie einführende und programmatische Texte. Auch einschlägige Drittmittelprojekte wurden durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft und Forschungsprogramme der Europäischen Union gefördert. Der Kölner Ansatz verbindet Sozial- und Kulturwissenschaften auf innovative Weise. Hervorzuheben ist die grundlagentheoretische Orientierung der Professur, die in Verbindung mit den Disability Studies ein einzigartiges Profil innerhalb der deutschen Hochschullandschaft begründet hat. Der wegweisende Lehr- und Forschungsbereich an der Universität zu Köln braucht eine gesicherte Zukunft! ■



PoWi Köln retten

Solidarität mit der Politikwissenschaft an der Uni Köln!



<https://www.change.org/p/keine-wiso-ohne-powi-für-eine-starke-politikwissenschaft-im-bachelor-master>

An der Universität zu Köln droht der Wegfall des einzigen politikwissenschaftlichen Masterprogramms und der Verlust der Professur für Internationale Beziehungen, einem der zentralen Forschungsfelder der Politikwissenschaft. Die Kohorte zu diesem Wintersemester könnte die vorerst letzte bleiben. Studierende im Bachelor Sozialwissenschaft wären damit direkt betroffen. Dieser Plan des Dekanats wurde im September in der Engeren Fakultät beschlossen. Zugegebenermaßen scheint es recht praktisch, die Kürzungen der gesamten Fakultät maßgeblich auf den kleinsten Fachbereich abzuwälzen, an dem auch noch zwei der derzeit sechs Professoren in den Ruhestand gehen. Solidarisch ist das jedoch nicht, geschweige denn sinnvoll angesichts der weltpolitischen Lage.

Internationale Beziehungen sind für das Verständnis und die Bearbeitung globaler Herausforderungen unverzichtbar. Kriege, Klimakrise, autoritäre Tendenzen oder weltweite Migrationsbewegungen lassen sich nicht allein aus nationaler Perspektive erklären. Forschung im Bereich der Internationalen Beziehungen widmet sich Fragen nach Krieg und Frieden, Kooperation, internationalen Organisationen sowie transnationalen Phänomenen wie Klimawandel und Migration. Dabei geht es immer auch um die Rolle von Macht, Kultur und Identitäten in der internationalen Politik.

Gerade jetzt, in einer Zeit massiver globaler Krisen, braucht es fundierte wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit Fragen wie: Wie lassen sich internationale Organisationen demokratischer und transparenter gestalten? Wie beeinflussen Autokratisierungstendenzen und Rechtspopulismus in Mitgliedsstaaten ihre Handlungsfähigkeit? Wie können Friedensprozesse gerecht und nachhaltig ausgestaltet werden? Und welche Rolle spielt die Klimakrise bereits heute in Konflikten? Das sind nur einige konkrete Beispiele für Forschungsfragen der Internationalen Beziehungen, die aber verdeutlichen: Eine Streichung der Professur für Internationale Beziehungen sendet in aktuellen Zeiten ein fatales Signal.

Das Dekanat begründet den Schritt mit einer angeblichen „Profilschärfung“. Statt des ganzheitlichen Masters soll ein neuer Studiengang mit Fokus auf Ökonomie entstehen – wann und in welcher Form, ist allerdings völlig offen. Besonders problematisch ist auch, dass das Institut für Politikwissenschaft, das für die Umsetzung verantwortlich wäre, bisher noch gar nicht in die Überlegungen zu einem neuen Master einbezogen wurde. Absehbar ist, dass mehrere Jahrgänge ganz ohne Option eines politikwissenschaftlichen Masters in Köln dastehen könnten. Inwiefern Inhalte wie Autokratisierung, Populismus oder eben Internationale Beziehungen in diesem potenziellen neuen Master mit Schwerpunkt auf Wirtschaft noch eine Rolle spielen würden, ist fraglich. Wir stellen uns deshalb klar gegen die geplanten Kürzungen des Landes NRW, aber auch gegen den Umgang der WiSo-Fakultät mit den Kürzungen. An einer der größten Universitäten Deutschlands muss es weiterhin einen Master Politikwissenschaft und eine Professur für Internationale Beziehungen geben! ■

Fachschaft Lehramt

Die meisten Lehramtsstudiengänge sind jetzt schon von finanziellem Mangel betroffen. Am meisten fällt das bei der Belegung von Kursen auf. Teilweise bewerben sich 200 Studierende auf nur 30 vorhandene Plätze. Beim ersten Termin der Veranstaltungen sind die Räume voll mit Studierenden, die hoffen, doch noch einen Fixplatz zu bekommen. Nachdem die Teilnehmer*innenliste vorgelesen wurde, müssen teils knapp zwei Drittel der Studierenden den Raum wieder verlassen. Das ist kein Einzelfall, sowas passiert in fast jedem Seminar. Dadurch wird das Studium in Regelstudienzeit stark erschwert. Besonders Studierende, die BAföG beziehen und ihren Studienfortschritt nachweisen müssen, stehen dadurch unter Druck. Auch wurden bereits Seminare durch Vorlesungen, Hausarbeiten durch

Ankreuz-Klausuren ersetzt. So kann man vielleicht Classroom-Management lernen, aber mit der Emanzipation wird das so eher nichts.

Was eigentlich passieren müsste: mehr Dozierende einstellen und so zahlreiche und vielfältige Lehrveranstaltungen garantieren. Stattdessen wird jedoch künftig voraussichtlich noch weniger Personal eingestellt.

Gerade bei den Studiengängen, in denen zukünftige Lehrkräfte ausgebildet werden, sehen wir die Notwendigkeit, mehr Geld zu investieren und dafür zu sorgen, dass die Generationen nach uns kompetente Lehrkräfte haben, die Kinder bei der Entwicklung zu selbstständigen, demokratiebewussten Bürger*innen unterstützen. ■

Insta:

@koeln.gegen.kuerzungen

Webseite:

<https://blog.uni-koeln.de/keinekuerzungen/>

E-Mail:

keine.kuerzungen.uzk@gmx.de



Impressum

Redaktion: Lena Andresen, Stefan Brackertz, Shirin Franke, Frederick Heinz, Lorinda Herbers, Celia Kömpf, Rasmus Metzger, Nils Mirbach, Annemarie Sich, Jasmin Yildirim, Çağrı Yaşat,

Layout: Rasmus Metzger

ViSdP: Jasmin Yildirim,
Fachschaft Physik,
Zülpicher Straße 77, 50937 Köln

Finanziert durch:

ASFA 
Universität zu Köln



Wir sind das *Bündnis Köln gegen Kürzungen*, eine kölnweite, hochschul- und fächerübergreifende Gruppe. Gemeinsam kämpfen wir für eine bedarfsorientierte, öffentliche Ausfinanzierung von Hochschulen und sozialer Infrastruktur. Wir stellen uns gegen die Verteilung von Geldern anhand von Exzellenzkriterien. Außerdem stellen wir uns gegen die Militarisierung der Gesellschaft und der Hochschulen.

Um das zu erreichen, müssen wir uns vernetzen und gemeinsam engagieren. Deshalb ist der Schritt gemeinsam zur Demo nach Düsseldorf zu fahren: Wir rufen zu einer landesweiten Demonstration und Kundgebung gegen die massiven Kürzungen in der Grundfinanzierung der Hochschulen in Nordrhein-Westfalen auf. Die Demonstration startet am Mittwoch, 5. November, um 13:00 Uhr am Düsseldorfer Hauptbahnhof. Ab 15:00 Uhr findet die Abschlusskundgebung vor dem Landtag NRW statt.

Wir reisen gemeinsam aus Köln an und treffen uns am **Mittwoch, 5. November, um 11 Uhr am Albertus-Magnus-Platz**. Danach fahren wir zusammen zum **Hauptbahnhof Köln** und treffen uns dort um **11:40 Uhr am Gleis 4** und fahren gemeinsam nach Düsseldorf zur Demo.

Erzählt das weiter und werdet laut, packt eure Kommiliton*innen und Dozierende ein und fahrt mit uns nach Düsseldorf.

Gemeinsam schaffen wir mehr!